

»Wir brauchen [...] Gegenbilder, die der Regression mit neuen Momenten von Befreiung trotzen.«<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Jörg Heiser, Freiheit ist kein Bild, Uhlenhorst 2020, S. 108.

Edition Uhlenhorst

Jörg Heiser  
Freiheit ist kein Bild

Als Jörg Heiser vor ein paar Jahren das Thema dieses Buchs ins Spiel brachte, waren wir vor allem deshalb neugierig, weil wir keinen Schimmer hatten, was das heute sein könnte: Bilder der Freiheit. Sicher kennt man Kunstwerke oder Denkmäler, die an die Freiheit gemahnen sollen, in der Regel im Zusammenhang mit historischen Ereignissen nebst Patriotismus und anderem Schmu. Oder Werbespots, die von »Freiheit« faseln, also der, Handyverträge abzuschließen oder seine Zeit in sozialen Netzwerken zu verscherbeln. Aber wo geht es in Bildern und Kunstwerken heute um eine Freiheit, die ein wirkliches Versprechen wäre? Schon die Frage erscheint provokant, entfaltet sich ein engagiertes politisches Selbstverständnis doch ganz überwiegend im Modus der Kritik. Es macht deutlich weniger Mühe, sich Bilder der Unfreiheit vor Augen zu führen, ist doch der Umgang mit ihnen durch Nachrichten-Streams tägliche Routine.

Wir dürfen so viel vorab verraten: Jörg Heiser hat sie gefunden, Bilder der Freiheit. Und es hat uns umso mehr gefreut, dass seine Suche dabei durch aktuelle – im Buchformat kaum einzuholende – Medienbilder und Kunstdebatten begleitet wurde. Sein essayistisches Vorgehen verwahrt sich gegen jene Hermetik einer Theorie, die unberührt bleibt von

den politischen Unwägbarkeiten der Gegenwart. Heiser denkt systematisch genug, um sich gedankliche Schlenker und Spitzen erlauben zu können. Gerade das macht die Lektüre so fruchtbar. Bei all den aufwühlenden Ereignissen und Entwicklungen, die dabei angesprochen werden, lässt sich Heiser weder zu Kulturpessimismus hinreißen noch verfällt er in hektischen Alarmismus. Gleichwohl, das Titelzitat deutet es an, haben wir es mit einer Gegenwart zu tun, die der Untätigkeit jede Unschuld zu nehmen scheint.

Umso mehr sollte die Frage gestellt werden, welche Freiheit, welcher Fortschritt, welche Zukunft eingefordert wird, wenn es um ein besseres Leben für alle geht. Heiser diskutiert einen Freiheitsbegriff, der auf mehr zielt als darauf, die Makulatur neoliberaler »Freiheit« zu diskreditieren, die nicht zwischen Individualität und Egoismus zu unterscheiden versteht. Er fragt nach Bildern, die nicht nur Unfreiheit beklagen, sondern den Sinn für Möglichkeiten öffnen, über die propagandistische Illustration von Ideologien und Weltanschauungen hinaus. Der Text verliert sich gerade nicht in den allgegenwärtigen Onlinekampagnen und Lagerbildungen, deren engführende Bildpolitiken unsere Einbildungskraft justieren wollen. Heiser findet im

Gegenteil Bildbeispiele, in denen »Identitätspolitik und Klassenkampf nicht auseinander, sondern ineinander« laufen (S. 109).

Dass sich solche Öffnungen heute schwerlich in bronzene Denkmäler gießen und konservieren lassen, ist nur bedingt dem digital beschleunigten Umgang mit Bildern geschuldet, sondern hat seine tiefere Ursache in der grundsätzlichen Beweglichkeit und Ereignishaftigkeit der Bedeutung jener Bilder, die unsere Vorstellungskraft aus den Beengungen der Gegenwart zu befreien suchen. Im Zentrum stehen daher weniger bildtheoretische denn »bildpraktische« Fragestellungen zu sicht- und unsichtbaren Freiheitsmomenten in Ereignissen und Debatten der vergangenen Jahre.

Schließlich haben wir in diesem Buch selbst ein Bildexperiment gewagt. Denn mit dem Beitrag des Künstlers Oscar Chan Yik Long begleiten erstmals Zeichnungen einen Essay dieser Reihe und bitten die Geister von Freiheit und Unfreiheit zum Tanz.

Hamburg und Wien im Oktober 2020  
Die Redaktion

## Freiheit ist kein Bild

Kann es heute noch Bilder geben, die Freiheit befördern? Diese Frage begann ich mir im Jahr 2013 zu stellen. Damals hatte noch niemand, außer den »Simpsons«, einen US-Präsidenten Donald Trump vorausgesehen.<sup>1</sup> Und eine globale Virus-Pandemie gab es nur in Filmdrehbüchern oder den epidemiologischen Studien, die in den Schubladen von Regierungsbeamten verstaubten.<sup>2</sup> Im Zuge der Enthüllungen Edward Snowdens ging es damals vornehmlich um ein anderes Schreckensszenario: Was, wenn der Staat im Verbund mit einigen IT-Giganten unsere Freiheitsrechte schleichend und unsichtbar aushöhlt, hinauslaufend auf das, was Snowden eine »schlüsselfertige Tyrannei«<sup>3</sup> nannte, also ein System, das von heute auf morgen auf Diktatur schalten kann, weil die dazugehörigen Überwachungsprotokolle längst gebündelt und in Kraft sind?

Es gibt zwei bemerkenswerte Verbindungslinien zwischen 2013 und 2020, dem Jahr des Ausbruchs der Coronavirus-Pandemie. Erstens die Frage nach der digitalen Überwachung bzw. ihrem Missbrauch, die unter den Bedingungen einer Pandemie verschärft zutage tritt. Denn unter dem Druck des Notstands und der Notwendigkeit, Ansteckungswege zu rekonstruieren, könnten die löchrigen Rechte am eigenen Datensatz noch weiter perforiert werden.

Es ist technisch zwar denkbar, pandemierelevante Daten via sogenannter Contact-Tracing-Apps zu ermitteln, ohne zugleich die Nutzer auszuspionieren. Doch selbst dort, wo solche Ansätze entwickelt und diskutiert werden, gibt es längst Streit um die Datensicherheit.\* Dessen ungeachtet haben im Frühjahr 2020 einige Länder wie Südkorea oder Israel im Zuge der Pandemie längst umfassend Handy-Nutzerdaten erfasst, ohne Rücksicht auf solche Bedenken zu nehmen.<sup>4</sup> China hatte sich schon vor der Corona-Krise massiv in Richtung einer umfassenden steuerungspolitischen Auswertung und Disziplinierung bewegt (Stichwort: »Social Credit System«) und auch in anderen Ländern wie den

---

\* Hier geht es namentlich um das Projekt Pan-European Privacy-Protecting Proximity Tracing (PEPP-PT), siehe [pepp-pt.org/](http://pepp-pt.org/), aus dem sich bereits namhafte Wissenschaftler und Institutionen wieder zurückgezogen haben mit der Begründung, das Projekt einer paneuropäischen Contact-Tracing-App werde in punkto Datenschutz nicht transparent genug gehandhabt, bzw. ein dezentraler Ansatz zur Datenspeicherung werde gegenüber einem zentralistischen favorisiert, der anfälliger für Missbrauch wäre. Weitere ähnliche Projekte, die größere Datensicherheit versprechen, sind seit dem Frühjahr 2020 in der Entstehung, doch die Vorstellung vieler konkurrierender Tracing-Apps wiederum erzeugt das Dilemma, dass ein »Flickenteppich« von Apps dem Ziel einer effektiven Bekämpfung des Virus widerspricht. Der Konflikt bildete sich entlang von Parteilinien im Europäischen Parlament ab, siehe *BR24*, »Glaubenskrieg um Corona-App: Streit verzögert Einführung«, 21.04.2020, [br.de/nachrichten/netzwelt/pepp-pt-dp3t-contactum-der-glaubenskrieg-um-die-corona-app](http://br.de/nachrichten/netzwelt/pepp-pt-dp3t-contactum-der-glaubenskrieg-um-die-corona-app) und Samuel STOLTON, »EPP cite controversial PEPP-PT as example for single European COVID-19 app«, 21.04.2020, [euractiv.com/section/digital/news/epp-cite-controversial-pepp-pt-as-example-for-single-european-covid-19-app/](http://euractiv.com/section/digital/news/epp-cite-controversial-pepp-pt-as-example-for-single-european-covid-19-app/).

USA geht die Entwicklung in eine ähnliche Richtung (Stichwort: »Credit Score«, also algorithmisch ermittelte Kreditwürdigkeit).<sup>5</sup>

Die zweite Verbindungslinie zwischen dem Snowden-Komplex digitaler Überwachung von 2013 und der Corona-Pandemie von 2020 besteht im Tatbestand der Unsichtbarkeit. Digitale Überwachung ist nur bedingt anschaulich zu machen, ebenso wie die Bedrohung durch einen Virus. So kommt es zu der Sehnsucht nach Freiheitsbildern: Freiheitsrechte scheinen von etwas Unheimlichem, Unsichtbarem bedroht, was ihre Visualisierung umso dringender macht. Doch schon bei diesem ersten, vordergründigen Imperativ – ein »unsichtbarer« Notstand könnte dazu dienen, unsere Freiheitsrechte einzuschränken, und wir müssen dies benennen und sichtbar machen! – kann man gedanklich leicht ins Stolpern geraten. Das hat im Frühjahr 2020 der italienische Philosoph Giorgio Agamben eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Noch Ende Februar 2020 behauptete er, beim Coronavirus handele es sich lediglich um eine »normale Grippe, nicht so anders als jene, die uns jedes Jahr beschäftigen«<sup>6</sup>, ohne das zu jenem Zeitpunkt entsprechende gesicherte Erkenntnisse vorgelegen hätten, während zugleich zahlreiche Indizien – nicht zuletzt die extrem hohe